Merdingen Mitteilungsblatt

Kalenderwoche:	41 / 2020
Rubrik:	Aus dem Gemeindegeschehen
Umfang:	5.071 Wörter

Aus dem Gemeinderat vom 21.07.2020

Bürgermeister Rupp begrüßt den Gemeinderat und die teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner erneut in der Turn- und Festhalle zur öffentlichen Gemeinderatssitzung. Er bittet um Einhaltung der Sitzabstände und Verhaltens- und Hygieneregeln.

Die 6. öffentliche Gemeinderatssitzung im Jahr 2020 am 21. Juli dauerte von 19:00 bis 21:37 Uhr. Es waren 23 Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend. In der Frageviertelstunde werden keine Fragen gestellt. Das Sitzungsprotokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 23.06.2020 wird anerkannt und unterzeichnet.

TOP 3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 23.06.2020

Bürgermeister Rupp gibt die gefassten Beschlüsse bekannt. Ein landwirtschaftliches Grundstück mit 12.000 m² wird zum Preis von 19.200 € an eine Privatperson aus Merdingen verkauft. Eine auf dem Grundstück vollzogene Ausgleichsmaßnahme ist in geeigneter vertraglicher Form zu sichern. Des Weiteren wurde eine Stundung über 969,00 € beschlossen.

TOP 4 Bebauungsplanverfahren „Historischer Ortskern Merdingen“ **a) Abwägung über die während der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen** **b) Billigung des Bebauungsplanentwurfs und Beschluss zur Durchführung der Offenlage**

Sachverhalt

Der Gemeinderat der Gemeinde Merdingen hat am 24.07.2018 für den Bereich des Bebauungsplans „Historischer Ortskern Merdingen“ den Aufstellungsbeschluss mit folgenden Zielen gefasst:

- Regelung der Anzahl der Wohneinheiten in Wohngebäuden
- Festsetzung einer Erdgeschossfußbodenhöhe (Sockel)
- Ausführung von Stellplatzflächen
- Sicherung von Grünflächen
- Ausschluss von Vergnügungsstätten
- Bauweise (Teilbereiche A und B)
- Überbaubare Grundstücksfläche (Teilbereiche A und B)

Zur Sicherung der städtebaulichen Ziele hat der Gemeinderat der Gemeinde Merdingen in gleicher Sitzung eine Veränderungssperre als Satzung erlassen. Diese wurde inzwischen um ein Jahr verlängert.

Merdinger Mitteilungsblatt

Der Gemeinderat hat am 19.11.2019 den Planentwurf gebilligt und die Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 3 (2) BauGB beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB wurde vom 13.01.2020 bis 14.02.2020 sowie die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange mit Anschreiben vom 17.12.2019 bis 14.02.2020 durchgeführt. Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung hat zudem ergänzend zur öffentlichen Auslegung am 21.01.2020 im Bürgersaal der Gemeinde Merdingen eine Informationsveranstaltung stattgefunden.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurden sowohl von den Behörden und Träger öffentlicher Belange als auch von der Öffentlichkeit Anregungen und Stellungnahmen vorgetragen. Hierzu wird auf die beigefügte Synopse verwiesen.

Inhaltlich wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Planentwurf insbesondere im Hinblick auf die Bauweise bzw. überbaubare Grundstücksfläche für die Teilbereiche A und B als auch der privaten Grünflächen, Festsetzung der Erdgeschossfußbodenhöhe und Ausführung von Stellplatzflächen fortgeschrieben. *Die umfangreichen Anlagen zur zugehörigen Gemeinderatsdrucksache werden hier nicht abgedruckt und können jederzeit im Rathaus eingesehen werden.*

Beratung

Bürgermeister Rupp erläutert den Sachverhalt und begrüßt Herrn Schill vom Planungsbüro fsp-Stadtplanung. Herr Schill erläutert detailliert und ausführlich die zum Sitzungsbeginn nochmals aktualisierte Drucksache. Einleitend werden die Ziele des BPL vorgestellt und der Geltungsbereich mit den vorgesehenen Grünflächen gezeigt. Die Festsetzung der Grünflächen sei von herausragender Bedeutung und es seien zahlreiche Stellungnahmen dazu eingegangen. Man habe bei der Festlegung größtmögliche Sorgfalt und Rücksichtnahme auf die Belange der betroffenen Grundstückseigentümer unter Abwägung der Zielsetzung zum Erhalt von Grünflächen genommen. Die Öffentlichkeit habe während der beabsichtigten Offenlage des Bebauungsplanes nochmals die Möglichkeit, Stellung zu beziehen.

Im Bebauungsplanentwurf für die Offenlage habe man neben den Anpassungen der Grünflächen, die Festsetzung der Sockelhöhe auf 0,3 m von ursprünglich vorgesehenen 0,5 m über Geländehöhe angepasst, und für Grundstückszufahrten eine maximale breite von 6,0 m vorgesehen. Die zulässige Anzahl von Wohneinheiten für Baugrundstücke bis 200 m² Grundfläche wurde auf zwei WE erhöht. Werden Stellplätze in einem Korridor von 6,0 m Abstand zu öffentlichen Erschließungsanlagen hergestellt, müssen diese mit einer mindestens 1,4 m hohen Einfriedung (Mauer) abgeschirmt werden. Grünflächen wurden ausschließlich auf Grundstücksteilen ausgewiesen, die keinen direkten Anschluss an öffentliche Erschließungsanlagen haben (rückwärtige Grundstücksteile). Herr Schill weist bezüglich der Ausweisung von Grünflächen darauf hin, dass nach den Vorgaben des Landschaftsrahmenplans Grünflächen mit seinen Funktionen einem Erhaltungsgebot unterfallen. Man habe im aktuellen Entwurf für die Offenlage 5 Grünflächen ausgewiesen. Diese 5 Grünflächen werden ausführlich vorgestellt und in Detailplänen gezeigt.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Bebauungsplanentwurfes sind die Festsetzungen zur Bauweise in den Teilbereichen A und B. Auch diese Teilbereiche und die zugehörigen Festsetzungen werden ausführlich vorgestellt.

Merdinger Mitteilungsblatt

Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung seien zudem zum Artenschutz und bezüglich historischer Kampfmittel eingegangen.

Die eingegangenen Stellungnahmen werden anschließend vorgestellt und teilweise von Herrn Schill kommentiert und die zugehörigen Abwägungsvorschläge erläutert. In der sich anschließenden sehr regen Beratungsrunde mit zahlreichen Wortmeldungen von Gemeinderäten werden Fragen zu Stellungnahmen und zu den Festsetzungen im Offenlageentwurf gestellt und Hinweise gegeben. Der Übersichtsplan zum Artenschutzvorkommen bzw. der Artenschutzvermutung sei nicht korrekt dargestellt. Herr Schill weist darauf hin, dass Artenschutzbestimmungen immer zu beachten seien und vorzunehmende Korrekturen eingearbeitet werden. Die Darstellung möglicher Kampfmittelvorkommen habe dagegen nur hinweisenden Charakter. Bezüglich der Beachtung unter Denkmalschutz stehender Gebäude wird von der Verwaltung und Herrn Schill bestätigt, dass die Denkmalschutzbestimmungen über den Bebauungsplanbestimmungen stehen und im bestehenden Denkmalpflegerischen Werteplan viele Hinweise zu Gebäudetypik und –Nutzungen enthalten sind, die es zu beachten gilt.

Abschließend wird das anstehende Offenlageverfahren erläutert und Fragen beantwortet. Die Offenlage des Bebauungsplanes „Historischer Ortskern Merdingen“ wird öffentlich bekannt gemacht. Es besteht erneut die Möglichkeit Stellungnahmen abzugeben. Eine Klagemöglichkeit gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens besteht jedoch erst nach Fassung des Satzungsbeschlusses. Nach Ablauf der Offenlage und Auswertung der dann eingegangenen Stellungnahmen sind weitere Änderungen des Entwurfs möglich und es könnte eine erneute Offenlage des Bebauungsplanentwurfes erforderlich werden.

- **Der Gemeinderat der Gemeinde Merdingen wägt die während der Frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen gemäß den Beschlussvorschlägen in der beigefügten Synopse einstimmig ab.**
- **Der Gemeinderat der Gemeinde Merdingen billigt einstimmig den Bebauungsplanentwurf und beschließt die Durchführung der Offenlage nach § 3 (2) BauGB (Beteiligung der Öffentlichkeit) und § 4 (2) BauGB (Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange).**

TOP 5 Beitritt zur Resolution für die Notfallversorgung im ländlichen Raum

Sachverhalt

Der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) hat am 19. April 2018 ein gestuftes System der Notfallversorgung durch Kliniken beschlossen. Dieser sieht vor, dass die **stationäre** Notfallversorgung nur noch in Kliniken erfolgen soll, die folgende Bedingungen erfüllen:

- Klinik hat mindestens die Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin und mindestens 6 Intensivbetten
- Patient erfährt nach spätestens 10 Minuten über seine Behandlungspriorität
- Betreuung durch einen Facharzt innerhalb von 30 Minuten

Die Vergütung der Notfallversorgung soll entsprechend angehoben werden, dass den Kliniken kein Defizit entsteht. Kliniken die Notfallversorgung nur teilweise anbieten bzw. die Bedingungen nur teilweise erfüllen können, erhalten nur 50% der Vergütung.

Merdinger Mitteilungsblatt

Weiterhin sieht ein aktueller Gesetzentwurf (Referentenentwurf) des Bundesministeriums für Gesundheit vor, Integrierte Notfallzentren (INZ) in ausgewählten Kliniken zu schaffen. Dadurch sollen die bisher getrennte stationäre, die rettungsdienstliche und die ambulante Notfallversorgung gebündelt werden. Die Bündelung soll durch ein gemeinsames Notfalleitsystem (GNL) erfolgen. Dieses soll über die Nummer 112 (bei schweren, lebensbedrohlichen Notfällen) und über die Nummer 116 117 (in allen anderen Fällen) rund um die Uhr erreichbar sein. Die medizinischen Leistungen (Notfallrettung, Krankentransport, aufsuchende notdienstliche Versorgung oder Telemedizin) soll über das GNL auf Basis eines qualifizierten, standardisierten Ersteinschätzungsverfahrens disponiert werden.

Die Neustrukturierung der Notfallversorgung verfolgt folgende Ziele:

1. Verbesserung der Notfallversorgung durch gezielte Koordination der Notfallversorgung
2. Ausreichende finanzielle Ausstattung der Notfallzentren
3. Entlastung von Rettungsdienst und Notfallkliniken von nicht-dringenden (lebensbedrohlichen) Krankheitsfällen.

Die Stadt Bad Krozingen hat eine Resolution zum Erhalt der bisherigen niederschweligen Notfallversorgung im ländlichen Raum verabschiedet. Mit Schreiben vom 30.06.2020 wandte sich Bürgermeister Kieber an die umliegenden Gemeinden mit der Bitte um Unterstützung dieser Resolution. Der Inhaber der Tunibergpraxis Merdingen, Dr. Gensitz, forderte per Mail ebenfalls die Unterstützung dieser Resolution durch die Gemeinde. Die Resolution ist in der Anlage beigefügt.

Grundsätzlich sind die Forderungen nach einer gleichwertigen flächendeckenden, wohnortnahen Notfallversorgung im ländlichen Raum zu begrüßen und zu unterstützen. Der praktisch geforderte Verzicht auf die Reform der Notfallvorsorge und damit der Erhalt kleiner insbesondere auf orthopädische und unfallchirurgische Notfallkliniken auf dem Land würde den Zielen des aktuellen Gesetzesentwurfs zuwider laufen und erscheint in der Wirkung zumindest fraglich. Insbesondere ältere Menschen mit Vorerkrankungen müssen bei einer stationären Notfallbehandlung meist umfassend chirurgisch und internistisch betreut werden können. Das Vorhandensein dieser Fachabteilungen in einem INZ käme vielen Patienten zugute. Auf spätere Verlegungsfahrten in größere Kliniken kann dadurch verzichtet werden.

Seitens der Verwaltung werden die in der Resolution postulierten negativen Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum nicht geteilt. Insbesondere wenn durch die Bündelung der ambulanten, stationären und rettungsdienstlichen Notfallversorgung Synergieeffekte entstehen. Durch die koordinierte, der Notfallversorgung vorgelagerte Ersteinschätzung bspw. am Telefon können weniger schwere Fälle direkt durch einen hausärztlichen Notdienst übernommen werden und führen damit zu einer Entlastung der Notaufnahmen. Gleichzeitig können schwere Fälle schneller erkannt, direkt vom Rettungsdienst in eine spezialisierte Klinik gefahren und dort zügig behandelt werden.

Die Verwaltung teilt auch nicht den in der Resolution geäußerten Vorwurf der „Zentralisierung zur Profitmaximierung“ und sieht in dem geplanten gestuften Notfallsystem der Bundesregierung die Möglichkeit zur stärkeren Vernetzung lokaler Versorgungsstrukturen. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig die Ersteinschätzung von Krankheitsfällen durch den Bereitschaftsdienst der

Merdinger Mitteilungsblatt

niedergelassenen Ärzte (bspw. Fieberambulanzen oder Notfallpraxen) ist. Die Vorhaltung von Doppelstrukturen bspw. in Kliniken wie der Beckerklinik im bisherigen System führt gesamtgesellschaftlich zu Fehlanreizen. Der Mehrwert einer derartigen „wohnortnahen Notfallversorgung“ ist nur für Patienten mit von den jeweiligen kleinen Kliniken behandelbaren Krankheitsbildern vorhanden.

Eine frühe Einschätzung des Notfalls durch qualifiziertes Personal ist im Sinne der Patienten. Die Verfügbarkeit bloß eines Teilbereichs (bspw. Innere Medizin, Chirurgie) der Notfallmedizin geht mit massiv höheren Kosten und geringem Nutzen für die Patienten einher.

Der Text der Resolution der Stadt Bad Krozingen wird an dieser Stelle wegen des umfassenden Textvolumens nicht abgedruckt und kann jederzeit im Rathaus eingesehen werden.

Beratung

Bürgermeister Rupp stellt den Sachverhalt ausführlich vor. Als Fazit stellt er fest, dass es schlussendlich um finanzielle Anliegen gehe. Dies sei in einem Artikel der Badischen Zeitung vor wenigen Tagen auch deutlich zum Ausdruck gekommen. Ziel der vom gemeinsamen Bundesausschuss vorgesehenen Novellierung sei eine umfassende Patientenversorgung zu garantieren und die realen Notfälle von subjektiv empfundenen Notfällen zu unterscheiden. Für die Merdinger Einwohnerschaft sei es zeitlich unerheblich, ob eine Notfallfahrt nach Freiburg oder nach Bad Krozingen zurück zu legen ist. Gemeinderat Schopp möchte wissen, ob der vorliegende Beschlussvorschlag einer Ablehnung des Beitritts gleich komme. Bürgermeister Rupp möchte mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag eine modifizierte Stellungnahme zur Organisation der Notfallversorgung im ländlichen Raum abgeben. Nach Meinung von Gemeinderat Dr. Prucker sei eine Schließung der Notfallaufnahme in der Dr. Beckerklinik verkehrt. Dort würden ca. 8.000 Notfälle pro Jahr behandelt. Diese müssten bei der Schließung auf andere Notfallzentren ausweichen. Wichtigstes Gebot sei die Versorgung der Patienten zu gewährleisten. Er spricht sich für den Beitritt zur Resolution aus. Gemeinderätin Schnurr spricht sich ebenfalls für den Beitritt zur Resolution aus. Bürgermeister Rupp weist nochmals auf die Zielsetzung des Gemeinsamen Bundesausschusses hin, wonach es Ziel sei die Notfallzentren von „Schein“-Notfällen zu entlasten und den wirklichen Notfällen eine umfassende medizinische Versorgung zu garantieren. Dazu seien Mindestausstattungen wie Intensivbetten, Innere Medizin, Chirurgie und andere Fachdisziplinen notwendig. Gemeinderat Schopp beantragt die Ergänzung des vorliegenden Beschlusses. Man solle der Resolution beitreten und den vorliegenden Beschlussvorschlag als ergänzende Stellungnahme abgeben. Es wird über den Antrag von Gemeinderat Schopp abgestimmt.

Der Gemeinderat beschließt mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme den Beitritt zur Resolution der Stadt Bad Krozingen.

Folgende ergänzende Stellungnahme wird abgegeben:

„Der Gemeinderat begrüßt die Neustrukturierung der Notfallmedizin hin zu einer besseren und schnelleren Verfügbarkeit einer qualifizierten Ersteinschätzung. Wir fordern Bund und Land auf, die Umsetzung des GBA-Beschlusses dahingehend im Gesetzentwurf zu gestalten, dass die Notfallversorgung auch auf dem Land verbessert wird und somit auch in der Notfallversorgung für gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land gesorgt wird. Hierzu muss der Hausärztliche Notdienst in wohnortnahen Notfallpraxen oder durch direkte Anfahrt der Patienten

ausgebaut werden. Die niedergelassenen Ärzte müssen entsprechende Bereitschaftsdienste garantieren. Patiententransport und Rettungsdienst so auszustatten, dass überall eine schnelle Ersteinschätzung, Hilfe durch medizinisches Personal und falls notwendig Transport in eine Klinik erfolgen kann.“

TOP 6 Beratung und Grundsatzbeschlussfassung zum Beitritt der Gemeinde Merdingen zum gemeinsamen Gutachterausschuss „Markgräflerland-Breisgau“ bei der Stadt Müllheim im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit

Sachverhalt

Auf Initiative der Bürgermeister von Bad Krozingen, Breisach und Müllheim wurden mit den interessierten umliegenden Kommunen Gespräche mit dem Ziel geführt, einen gemeinsamen Gutachterausschuss „Markgräflerland-Breisgau“ zu bilden. Die Stadt Müllheim soll mit der Erfüllung betraut werden. Hintergrund hierfür ist die anstehende Grundsteuerreform, die bis zum 31.12.2019 vom Bundesgesetzgeber zu regeln war. Die Gutachterausschüsse in Baden-Württemberg sind hierbei gezwungen, ihre gesetzlichen Aufgaben vollständig zu erfüllen. Dies umso mehr, nachdem sich der Bund und die Bundesländer auf ein Grundsteuermodell geeinigt haben, in dem die jeweiligen Bodenrichtwerte nach § 196 BauGB eine entscheidende Rolle spielen. In Baden-Württemberg wird es nach heutigem Stand ein modifiziertes Bodenwertmodell mit den Komponenten Grundstücksfläche, Bodenrichtwert (Ermittlung durch die Gutachterausschüsse) sowie Hebesätze der Kommunen geben.

- Der Zusammenschluss von Kommunen zu einem gemeinsamen Gutachterausschuss ist zwingend notwendig.
- Kernproblem für alle Kommunen sind die ausreichenden auswertbaren Kauffälle. Eine Richtgröße von 1.000 auswertbaren Kauffällen wird empfohlen. Diese werden bei einer Richtgröße von ca. 70.000 - 80.000 Einwohnern erreicht.
- Im Falle eines Nicht-Zusammenschlusses riskiert die jeweilige Kommune, dass die auf den Bodenrichtwerten der einzelnen Kommune gefertigten Grundsteuerbescheide nicht rechtskonform sind. Ab 1.1.2025 ist das neue Grundsteuermodell (modifiziertes Bodenwertmodell in Baden-Württemberg) anzuwenden.
- Es sind „Gutachterausschuss-Einheiten“ zu bilden, die deutlich über eine klassische Zusammenarbeit im Rahmen einer vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft oder eines Gemeindeverwaltungsverbandes hinausgehen.
- Neben den Mittelzentren haben alle umliegenden Kommunen ihr großes Interesse an der gemeinsamen Aufgabenbewältigung signalisiert.
- Der maximale Umgriff des gemeinsamen Gutachterausschusses könnte in der Zielgliederung auf bis zu 34 Kommunen mit bis zu 198.000 Einwohnern anwachsen.

Merdingen Mitteilungsblatt

- Im gesamten Bundesland Baden-Württemberg finden derzeit Gespräche statt oder es werden konkrete Vereinbarungen getroffen für gemeinsam gebildete Gutachterausschusseinheiten.

Rechtliche Würdigung

Für eine gemeinsame Aufgabenbewältigung ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß der §§ 1,25 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) zwischen der Gemeinde Merdingen und der Stadt Müllheim zu treffen. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung bedarf nach § 25 Abs. 5 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) der Genehmigung der in § 28 Abs. 2 bestimmten Rechtsaufsichtsbehörden. Danach ist das Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald zuständig. **Mit Schreiben vom 20.03.2020 hat das Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, Stabsbereich Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht, mitgeteilt, dass es die vorgesehenen Inhalte der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (s. Anlage 1) mittrage und keine Bedenken habe.**

Die Eckdaten der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (Details s. Anlage 1) sind unter den Mittelzentren (Hauptämter und Kämmereien) abgestimmt und entsprechen den in der Vergangenheit mehrfach vorgestellten Inhalten.

Aus Sicht der Gemeinde Merdingen wäre trotz der Verlagerung der Aufgabe nach Müllheim sichergestellt, dass

- die Gemeinde Merdingen sehr früh an dem interkommunalen Projekt teilnimmt und damit von den Lernprozessen und der kontinuierlichen Optimierung der fachlichen Arbeit im Gutachterausschusswesen profitiert. Dies findet Niederschlag in einer noch professionelleren Wertermittlung mit deutlich ausgeweiteter Dienstleistung als Basis für die zukünftige Erhebung der Grundsteuer;
- die Gemeinde Merdingen mit der Staffelung der Gutachterausschussmitglieder nach Einwohnergröße in dem gemeinsamen Gutachterausschuss weiterhin vertreten ist;
- die Ausschussmitglieder der Gemeinde Merdingen weiterhin vom Gemeinderat der Gemeinde Merdingen vorgeschlagen werden;
- für gefertigte Einzelgutachten in der Gemarkung Gemeinde Merdingen die von der Gemeinde Merdingen ernannten Gutachter*innen hierzu einbezogen werden und daher die Fachkompetenz vor Ort weiterhin aufrecht erhalten bleibt;
- durch den Aufbau einer Abteilung dieser Größe interessante Möglichkeiten der fachlichen Aus- und Weiterbildung für die Mitglieder des Gutachterausschusses entstehen;
- durch die Einteilung des Zuständigkeitsgebiets in die drei Regionen „Markgräflerland“/„Kaiserstuhl“/„Breisgau-Hexental“ die Möglichkeit besteht, diesen Regionen feste Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle und damit Ansprechpartner*innen für die Bürger*innen zuzuweisen und mittelfristig eine gute Ortskenntnis und Spezialisierung für die örtlichen Besonderheiten zu entwickeln.

Kosten:

Merdinger Mitteilungsblatt

Die Kostenbeteiligung ist in § 6 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (s. Anlage 1) geregelt.

Zeitschiene:

Die Aufnahme der Gemeinde Merdingen ist zum 1. Juli 2021 vorgesehen. Der gemeinsame Gutachterausschuss „Markgräflerland-Breisgau“ soll zum Stichtag 31.12.2024 für das Gesamtgebiet in vollem Umfang und nach den gesetzlichen Vorgaben Bordenrichtwerte erheben. Diese Bordenrichtwerte zum 31.12.2024 werden dann für das neue Grundsteuermodell ab 1.1.2025 (modifiziertes Bodenwertmodell in Baden-Württemberg) nach unserem heutigen Kenntnisstand in den Grundsteuerbescheiden der Kommunen Anwendung finden.

Übernahme der bisherigen Mitglieder des Gutachterausschusses

Es ist angedacht, dass die bisher für die Aufgabe des Gutachterausschusses tätigen Mitglieder der Gemeinde Merdingen auch für den neuen gemeinsamen Gutachterausschuss gewonnen werden können. Die Einzelheiten sind in § 2 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (s. Anlage 1) geregelt.

Zuarbeit der aufzunehmenden Kommunen:

Die nötige Zuarbeit der aufzunehmenden Kommunen zur Übernahme/Übergabe der Aufgabe an die Stadt Müllheim ist im öffentlich-rechtlichen Vertrag (s. Anlage 1) geregelt. Gleiches gilt für die zukünftig notwendige Zuarbeit nach offiziellem Übergang der Aufgabe.

Beratung

Bürgermeister Rupp stellt den Sachverhalt vor. Auf Nachfrage von Gemeinderat Schopp wird bestätigt, dass der örtlich bestehende Gutachterausschuss nach Institution des gemeinsamen Gutachter Ausschusses „Markgräflerland-Breisgau“ im Jahr 2021 aufgelöst werde. Gemeinderätin Schächtele befürchtet den Verlust des Ortsbezugs und sieht die Gefahr steigender Grundstückspreise. Nach Ansicht von Gemeinderätin W. Landmann habe man keine Option und könne nur dem gemeinsamen Gutachterausschuss beitreten. Gemeinderat U. Landmann möchte wissen, ob eine gemeindespezifische Betrachtung bei Festlegung der Bordenrichtwerte gewährleistet sei. Bürgermeister Rupp bestätigt, dass mindestens 1 Vertreter der Gemeinde in den gemeinsamen Gutachterausschuss berufen werde und damit ein Ortsbezug hergestellt wird. Für die Festlegung der Bordenrichtwerte sei maßgebend, welche Kaufpreise vereinbart werden und es müssten auch genügend Verträge geschlossen werden, damit eine Relation stattfinden könne.

- 1. Der Gemeinderat stimmt einstimmig dem Beitritt der Gemeinde Merdingen zum gemeinsamen Gutachterausschuss „Markgräflerland-Breisgau“ bei der Stadt Müllheim grundsätzlich zu.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierzu notwendigen Schritte für den Beitritt der Gemeinde Merdingen zum gemeinsamen Gutachterausschuss „Markgräflerland-Breisgau“ bei der Stadt Müllheim einzuleiten. Die entsprechenden Haushaltsansätze für einen Beitritt zum 1. Juli 2021 sind einzuplanen. Die Verwaltung wird zum Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Beitritt der Gemeinde Merdingen zum gemeinsamen Gutachterausschuss „Markgräflerland-Breisgau“ bei der Stadt Müllheim zum 1. Juli 2021 entsprechend des Entwurfes ermächtigt. Eine erneute**

Merdinger Mitteilungsblatt

Vorlage der endgültigen Vereinbarung ist nur bei wesentlichen Änderungen notwendig.

TOP 7 Bekanntgabe der überörtlichen Prüfung durch die Rechtsaufsichtsbehörde für den Prüfungszeitraum 2010 – 2016

Sachverhalt

Im Zeitraum vom 12.11.2018 bis 12.12.2018 wurde eine überörtliche Prüfung der Gemeindeverwaltung durch die Rechtsaufsichtsbehörde (Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald) für den Zeitraum von 2010 bis 2016 durchgeführt. Nachfolgend sind die Vorbemerkungen und die Schlussbemerkungen des Prüfberichts abgedruckt. Die Gemeinderäte haben den vollständigen Prüfbericht zur Einsichtnahme erhalten. Auf die Einhaltung der Geheimhaltungsvorschriften und des Datenschutzes wurde hingewiesen. Die Gemeindeverwaltung wird die Prüfbemerkungen, die im Prüfbericht mit „A“ besonders gekennzeichnet sind, im Verlauf des Jahres bearbeiten und dem Gemeinderat zu gegebenem Zeitpunkt in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung über die Erledigung der Prüfbemerkungen berichten.

Beratung

Bürgermeister Rupp stellt den Sachverhalt vor. Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Der vorliegende Prüfbericht für den Prüfungszeitraum 2010 – 2016 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

TOP 8 Beschaffung mobiler Endgeräte zur Ausstattung der Hermann-Brommer-Schule - Auftragsvergabe

Sachverhalt

Der Bund hat zur weiteren Verbesserung der digitalen Ausstattung und der Rahmenbedingungen des Fernunterrichts einmalig insgesamt 500 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Diese werden im Rahmen einer Zusatzvereinbarung zusätzlich zum laufenden Programm DigitalPakt Schule 2019 - 2024 bereitgestellt. Auf Baden-Württemberg entfallen aus dem „Sofortausstattungsprogramm“ nach dem Königsteiner Schlüssel 65.064.000 Euro. Das Landeskabinett hat auf Initiative von Frau Ministerin Dr. Susanne Eisenmann beschlossen, das „Sofortausstattungsprogramm“ des Bundes auf rund 130 Millionen Euro zu verdoppeln und dafür 65 Millionen Euro aus Landesmitteln bereitzustellen.

Neben der Anschaffung von schulgebundenen mobilen Endgeräten sind u. a. auch die Inbetriebnahme sowie das für den Einsatz erforderliche Zubehör förderfähig. Die Förderung von Smartphones ist jedoch ausgeschlossen. Darüber hinaus ist aus diesen Mitteln die Ausstattung der Schulen förderfähig, die für die Erstellung professioneller Online-Lehrangebote erforderlich ist (technische Werkzeuge, Software usw.). Konkret bedeutet dies die Einrichtung von Studios zur Erstellung von Online-Lernangeboten. Aus Sicht des Kultusministeriums sollte jedoch die Ausstattung mit mobilen Endgeräten im Fokus stehen.

Die mobilen Endgeräte sollen leihweise an Schülerinnen und Schüler ausgegeben werden, wenn diese zu Hause nicht auf entsprechende Geräte zurückgreifen können, um so auf das Vorhandensein eines besonderen Bedarfs aus Sicht der Schulen zum Ausgleich sozialer Ungleichgewichte reagieren zu können. Schulgebundene mobile

Merdinger Mitteilungsblatt

Endgeräte können im Einzelfall auch an Lehrkräfte verliehen werden, die aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung nicht im Präsenzunterricht eingesetzt werden können und über kein anderweitiges geeignetes Endgerät verfügen.

Die Mittel für die Gemeinde Merdingen betragen insgesamt 10.557 Euro.

Die Schulleitung entscheidet darüber, die digitalen Endgeräte im Rahmen ihrer pädagogischen und sozialen Verantwortung nach schulisch definierten Kriterien zur Ausleihe zu vergeben.

Es liegt ein Angebot der Firma ComComS über 8 Notebooks und 9 Tablet PC Notebookfunktion vor. Die Geräte können sowohl für den Heimunterricht wie auch im Schulunterricht eingesetzt werden. Sie sind auch mit dem bestehenden Digitalkonzept der Schule kompatibel, für das die EDV-Ausstattung über dieselbe Firma beschafft wurde (Mobile Device Management).

Die Angebotssumme liegt nach einem Projektabatt in Höhe von 160,03 Euro bei 10.557,00 Euro und entspricht somit genau der Fördersumme. Die Investition ist für die Gemeinde kostenneutral.

Die jährlichen Kosten für den Service während der Betriebsdauer liegen bei 464,00 Euro jährlich und sind vom Schulträger (Gemeinde) zu tragen.

Beratung

Bürgermeister Rupp erläutert den Sachverhalt. Die zur Beschaffung vorgesehenen EDV-Geräte sind kompatibel zur vorhandenen Ausstattung und stellen eine gute Ergänzung dar. Die Beschaffung sei auch zum in Aufstellung befindlichen Medienentwicklungsplan passend.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beschaffung von mobilen PC von der Firma ComComS für 10.557,00 Euro.

TOP 9 Aktuelle Entwicklungen und Informationen zur Corona-Epidemie – mündlicher Bericht

Bürgermeister Rupp berichtet über eine vor wenigen Tagen abgehaltene Video-Konferenz mit den Bürgermeistern des Landkreises und der Landrätin. Aktuell verfüge man über keine weiteren Erkenntnisse, die einen neuen Lock down auslösen könnten. Man verfolge die Infektionszahlen sehr genau und es deutet sich eine Zunahme der Infektionen an. Auf Nachfrage von Gemeinderat U. Landmann erklärt Bürgermeister Rupp, dass das Gesundheitsamt in Abstimmung mit dem Bürgermeisterrat über eine Schulschließung bei Infektionsauftritt befindet. Man beabsichtige ein Stufenverfahren zu wählen. So könnte beispielsweise zunächst eine oder mehrere Klassengruppen unter Quarantäne gestellt werden. Eine vollständige Schulschließung wäre nachrangiges und letztes Mittel bei einer anhaltenden Infektionswelle.

TOP 10 Bauanträge

a) Abbruch, Umbau und Erweiterung eines Wohnhauses über einem bestehenden Keller zu einem Zweifamilienhaus mit Probierraum auf dem Grundstück Kirchgasse 38, Flst.-Nr. 181, in Merdingen – veränderte Bauausführung.

Sachverhalt

Merdinger Mitteilungsblatt

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich der Ortsbausatzung, der Erhaltungssatzung sowie im Bereich des geplanten BPlans „Historischer Ortskern Merdingen“ mit Veränderungssperre. Auf die Errichtung eines Kellergeschosses im Bereich des Anbaus wurde verzichtet. Hierdurch hat sich die Gebäudehöhe um 66 cm reduziert.

Beratung

Bürgermeister Rupp stellt die Antragsunterlagen vor. In der Beratung wird darauf hingewiesen, dass die Festsetzungen des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes „Historischer Ortskern Merdingen“ bezüglich der darin zur Festsetzung vorgesehenen Sockelhöhe von 30 cm über dem öffentlichen Gelände nicht eingehalten wird. Zu berücksichtigen sei, dass die Ausführung des Vorhabens zu einem Zeitpunkt vollzogen wurde, als diese Festsetzung noch nicht erkennbar war. Dennoch sei man von der bestandskräftigen Baugenehmigung abgewichen. Dieses Verhalten ist zu rügen. Der Nachtragsplan sei von der unteren Baurechtsbehörde verlangt worden, weil man die Abweichung von der Baugenehmigung bei der Bauabnahme festgestellt hat.

Der veränderten Bauausführung wird das Einvernehmen mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme erteilt. Der Gemeinderat missbilligt jedoch die Vorgehensweise, dass das Bauvorhaben entgegen der Baugenehmigung vom 09.06.2016 ausgeführt worden ist. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Zielsetzungen des jetzt in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans „Historischer Ortskern Merdingen“ (Aufstellungsbeschluss vom 24.07.2018) durch die veränderte Ausführung nicht eingehalten werden, da sich die Erdgeschossfußbodenhöhe entgegen der Festsetzung dieses Bebauungsplans, der eine Sockelhöhe von mindestens 0,3 m vorsieht, unterhalb der Geländeoberkante befindet. Dadurch sind negative Auswirkungen im Zusammenhang mit Starkregenereignissen (Hochwasserschutz) möglich.

b) Um- und Erweiterungsbau (Aufstockung) eines Einfamilienwohnhauses in ein Zweifamilienhaus, Abbruch und Neubau eines Carports, Neubau eines Nebengebäudes auf dem Grundstück Zwiebelgasse 10, Flst.-Nr. 48/1, in Merdingen.

Sachverhalt

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich der Ortsbausatzung, der Erhaltungssatzung sowie im Bereich des geplanten BPlans Historischer Ortskern Merdingen mit Veränderungssperre.

Beratung

Bürgermeister Rupp stellt die Planung vor. Es gibt keinen Beratungsbedarf.

Dem Bauantrag wird das Einvernehmen einstimmig erteilt. Die Ausnahme von der Veränderungssperre des Bebauungsplans „Historischer Ortskern Merdingen“ und die Genehmigung nach der Erhaltungssatzung werden erteilt.

c) Neubau einer Doppelhaushälfte mit 2 Wohneinheiten auf dem Grundstück Schönbergstraße 9, Flst.-Nr. 839/7, in Merdingen.

Sachverhalt

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des BPlans Schönbergstraße. Beantragt werden folgende Befreiungen:

Merdingen Mitteilungsblatt

1. Überschreitung der Geschossflächenzahl GFZ
2. Überschreitung der seitlichen und hinteren Garagenbaugrenze
3. Extensive Begrünung für die Dacheindeckung der Garage

zu 1: Der Gemeinderat hat am 09.07.1998 beschlossen, sofern die GFZ von 0,5 nicht um mehr als 0,1 überschritten wird, generell Befreiung von der festgesetzten Geschossflächenzahl zu erteilen unter der Maßgabe, dass keine städtebaulichen Beeinträchtigungen eintreten, die übrigen Festsetzungen des BPlans, insbesondere der Gestaltung, eingehalten sind und keine Beeinträchtigung nachbarlicher Belange auftreten. Die beantragte GFZ beträgt 0,54.

zu 2: Nach den Bebauungsvorschriften können für Garagen eine andere als die im Bebauungsplan vorgesehene Stellung außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen unter Berücksichtigung von städtebaulichen und gestalterischen, verkehrlichen oder gesundheitlichen und nachbarlichen Gesichtspunkten zugelassen werden.

zu 3: Nach den Bebauungsvorschriften ist für die Dachdeckung dunkelbraunes bzw. rotes, nichtglänzendes Material zu verwenden. Für das Hauptdach sollen Tonziegel verwendet werden. Für das Garagendach käme eine Dacheindeckung mit einer Dachbahn in roter Farbe infrage. Eine extensive Dachbegrünung wäre auch vorstellbar. Auf die Vorteile der Dachbegrünung wird in der Begründung für die Befreiung hingewiesen.

Beratung

Bürgermeister Rupp stellt die Planunterlagen vor. Auf Nachfrage wird bestätigt, dass die erforderliche Anzahl Stellplätze nachgewiesen sind.

Dem Bauantrag mit den beantragten Befreiungen wird das Einvernehmen einstimmig erteilt.

d) Neubau einer Doppelhaushälfte mit 2 Wohneinheiten auf dem Grundstück Schönbergstraße 9 a, Flst.-Nr. 839/6, in Merdingen.

Sachverhalt

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des BPlans Schönbergstraße.

Beantragt werden folgende Befreiungen:

1. Überschreitung der Geschossflächenzahl GFZ
2. Überschreitung der seitlichen und hinteren Garagenbaugrenze
3. Dacheindeckung der Garage: Extensive Begrünung

zu 1: Der Gemeinderat hat am 09.07.1998 beschlossen, sofern die GFZ von 0,5 nicht um mehr als 0,1 überschritten wird, generell Befreiung von der festgesetzten Geschossflächenzahl zu erteilen unter der Maßgabe, dass keine städtebaulichen Beeinträchtigungen eintreten, die übrigen Festsetzungen des BPlans, insbesondere der Gestaltung, eingehalten sind und keine Beeinträchtigung nachbarlicher Belange auftreten. Die beantragte GFZ beträgt 0,56.

zu 2: Nach den Bebauungsvorschriften können für Garagen eine andere als die im Bebauungsplan vorgesehene Stellung außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen unter Berücksichtigung von städtebaulichen und gestalterischen, verkehrlichen oder gesundheitlichen und nachbarlichen Gesichtspunkten zugelassen werden.

zu 3: Nach den Bebauungsvorschriften ist für die Dachdeckung dunkelbraunes bzw. rotes, nichtglänzendes Material zu verwenden. Für Hauptdach sollen Tonziegel verwendet werden. Für das Garagendach käme eine Dacheindeckung mit einer Dachbahn in roter Farbe infrage. Eine extensive Dachbegrünung wäre auch vorstellbar. Auf die Vorteile der Dachbegrünung wird in der Begründung für die Befreiung hingewiesen.

Merdingen Mitteilungsblatt

Beratung

Bürgermeister Rupp stellt die Planunterlagen vor. Auf Nachfrage wird bestätigt, dass die Zufahrt für Rettungsfahrzeuge gewährleistet ist.

Dem Bauantrag mit den beantragten Befreiungen wird das Einvernehmen einstimmig erteilt.

TOP 11 Ermächtigung der Verwaltung zur Entscheidung von Bauanträgen während der Sommerferienzeit

Sachverhalt

Die nächste Gemeinderatssitzung nach der Sommerpause findet am 22. September 2020 statt. Damit in Baugenehmigungsverfahren keine unnötigen Zeitverzögerungen eintreten, in gebotener Zügigkeit entschieden und Fristen eingehalten werden können, soll die Verwaltung zur Abgabe des planungs- und bauordnungsrechtlichen Einvernehmens ermächtigt werden. Bauanträge, bei den Grundsatzentscheidungen zu treffen wären, würden zurückgestellt.

Beratung

Bürgermeister Rupp stellt den Sachverhalt unter Verweis auf die in Vorjahren geübte Praxis vor und erklärt, dass man Bauanträge mit grundsätzlichen Beschlussfassungen zurück stellen werde.

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung einstimmig zur Abgabe der planungsrechtlichen Entscheidungen in Bauantragsverfahren während der Sommerferienzeit 2020. Über getroffene Entscheidungen ist in der Sitzung am 22. September 2020 zu berichten.

TOP 12 Annahme von Spenden

Gemeinderat U. Landmann und Gemeinderätin W. Landmann entfernen sich wegen Befangenheit aus dem Sitzungsbereich.

Sachverhalt

Über die Annahme von Spenden hat aufgrund von § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg der Gemeinderat zu beschließen. Der Bericht ist dem Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde zu übersenden.

Zuwendungsgeber/-in	Betrag in Euro	Geldspende Sachspende	Gegenstand d. Sachspende	von dem/der Zuwendungs- geber/-in gewünschter Verwendungszweck
Förderverein der Schule Merdingen e.V.	800,00	Geldspende		PROKIND
Bürgerverein Merdingen e.V.	316,34	Geldspende		Ruhebänke
Volksbank Breisgau Markgräflerland.;	900,00	Geldspende		Schule; Schulgarten Hochbeete

Merdinger Mitteilungsblatt

Gewinnssparverein				
Dr. Andrea Kimpfler	167,00	Sachspende	Schutzmasken	Kinderbetreuung

Beratung

Bürgermeister Rupp stellt die eingegangenen Geld- und Sachspenden kurz vor.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Annahme der Spenden gemäß der Aufstellung für das erste Halbjahr 2020.

TOP 13 Informationen der Verwaltung

Bürgermeister Rupp informiert über:

- eine angefertigte Grafik mit Darstellung eines Niederschlagsereignisses im August 2019 und den Auswirkungen auf die Regenrückhaltebecken im Mättle. Es zeigt sich, dass es ca. 1 Stunden nach einem Starkregen zum Einstau kommt und die Becken das eingestaute Oberflächenwasser sukzessive an die örtliche Regenwasserkanalisation ableitet. Die Funktion der Becken sei damit klar belegt.
- den kurz bevorstehenden Abschluss der Umfrage zur Aufstellung des Gemeindeentwicklungskonzeptes „Unser Merdingen“ und bittet um weitere rege Teilnahme.
- die Ankündigung des Landkreises einen weiteren Flüchtling zuzuweisen.
- die Abgabe des Antrags auf verkehrsrechtliche Anordnung mit dem Kernthema Parkkonzeption. Man werde in den nächsten Tagen die ersten provisorischen Parkstände in den Straßen Kirchgasse und Löschgraben auf die Fahrbahn markieren.
- Schülerentwicklungen in der Hermann-Brommer-Schule und der Erich-Kiehn-Schule. Hauptamtsleiter Siebler informiert über einen massiven Anstieg zur Nachfrage nach Betreuungsplätzen in der SGA-Gruppe. Das Christophorus-Jugendwerk sucht eine wohnungsähnliche Unterkunft möglichst in der Gemeinde Merdingen. Eine mindestens 4 Zimmer große Wohnung wäre dafür geeignet. Vermieter hätten den Vorteil, dass die Gruppenarbeit nur in den Schulzeiten und nur tagsüber stattfindet. Darüber hinaus seien die Räume nicht belegt.
- die Personalsuche nach einer Betreuungs- und FSJ-Kraft für die verlässliche Grundschule in der Hermann-Brommer-Schule.

TOP 14 Fragen und Anregungen

- Gemeinderat Schopp berichtet über den Aufbau der Schutzhütte beim Friedhof. Eine Einweihungsfeier sei wegen der Corona-Pandemie gegenwärtig nicht umsetzbar und solle nach Beendigung der Pandemie nachgeholt werden. Gemeinderätin Landmann regt die Anfertigung einer Infotafel mit Aufnahme eines Hinweises zur Spende der Sitzgruppe anlässlich der 50 Jährigen Jumelage von und mit der Partnergemeinde Heilig-Kreuz an.
- Gemeinderat Escher erkundigt sich zum Thema Einrichtung von „Mitfahrbänke“. Bürgermeister Rupp erklärt, dass dazu noch keine weiteren Überlegungen und

Merdinger Mitteilungsblatt

Gespräche vorgenommen wurden. Gemeinderat Dr. Prucker schlägt vor, sich auch mit Nachbargemeinden diesbezüglich abzustimmen.

- Gemeinderat U. Landmann weist auf verunkrautete Pflasterwege auf dem Friedhof hin. Bürgermeister Rupp bitte um Verständnis, dass die Bauhofmitarbeiter nicht ständig alle Flächen sauber halten können. Die Arbeiten werden demnächst eingeplant.
- Unter Bezugnahme auf die unter Top 10 behandelten Bauanträge und der eingetretenen Gegebenheiten im Baugebiet „Gratzfeld IV“ bezüglich der Beachtung der Grünstreifen und der festgesetzten Pflanzgebote bittet Gemeinderätin Schnurr darum, beim Neubaugebiet „Inneres Gratzfeld-Neuweg“ strenger auf die Einhaltung solcher Festsetzungen zu achten. Einer Missachtung von Pflanzgeboten durch Bauherren sollte nachdrücklich entgegen getreten werden. Bürgermeister Rupp kann sich bei klarer Positionierung des Gemeinderats vorstellen, Festsetzungen dieser Art spezifischer zu überwachen. Grundsätzlich seien alle Bauherren verpflichtet, die Bauvorschriften einzuhalten.
- Ein Zuhörer weist auf Müllrückstände bei der neuen Schutzhütte beim Friedhof hin und schlägt vor, die Mülleimer öfters zu leeren.
- Ein Zuhörer weist darauf hin, dass nicht alle Gemeinderatsvorlagen auf der Homepage veröffentlicht waren. Bürgermeister Rupp weist darauf hin, dass man erwägt ein Ratsinformationssystem anzuschaffen und dazu erste Sondierungen stattfanden. Sobald ein Ratsinformationssystem eingeführt ist, sei die Veröffentlichung auf der Homepage gewährleistet. Manche Vorlagen müssen jedoch auch Datenschutzgründen modifiziert werden oder können nur in Auszügen veröffentlicht werden.
- Eine Zuhörerin fragt nach dem Verfahrensstand zur Vorstellung der von jugendlichen entwickelten Planungen bezüglich Umgestaltung des Trotte Platzes. Bürgermeister Rupp entschuldigt sich für die über längere Zeit zurück gestellte Behandlung dieses Punktes und verspricht die Aufnahme auf die Tagesordnung in der September-Sitzung.

Der Protokollführer